

Präsident begann mit Besuch von Bergischem Städtedreieck

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, begann mit einem Besuch in Wuppertal, Remscheid und Solingen eine Reihe von Informationsreisen in die Region, um sich über die Situation „vor Ort“ zu informieren.

In Wuppertal konferierte er mit der dortigen Oberbürgermeisterin Ursula Kraus und dem Oberstadtdirektor Dr. Joachim Cornelius. Anschließend nahm er an einer Sitzung der Regionalkommission des Bergischen Städtedreiecks teil.

In Remscheid begegnete er zu einem Informationsgespräch Reinhard Ulbrich, Oberbürgermeister der Stadt Remscheid, den Stellvertretenden Bürgermeistern Klaus-Peter Spötter und Wolfgang Sause sowie dem Stadtdirektor Karl-Manfred Halbach. Dort besichtigte er auch das Röntgen-Museum.

Gedenken am Mahnmahl

In Solingen konferierte er mit dem dortigen Oberbürgermeister Gerd Kaimer und den Stellvertretenden Bürgermeistern Julia Freiwald und Bernd Krebs sowie dem Oberstadtdirektor Dr. Ingolf Deubel und den Fraktionsvorsitzenden Ulrich Uibel (SPD), Franz Haug (CDU), Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Heinz-Eugen Berentzen (F.D.P.). Er suchte dort auch das Mahnmahl „Brandanschlag“ zum Gedenken auf.

Der Präsident möchte mit diesen Informationsreisen die Bedeutung der Region im Land besonders hervorheben und die Bedeutung der Regionalpolitik für den Landtag unterstreichen.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczky (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher, Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Bevor Heinrich Kruse (49) mit seiner Kritik loslegt, betont er, daß er nicht gegen die Braunkohle sei. Doch mit der Mehrheitsmeinung in seiner Fraktion zu Garzweiler II stimmt der CDU-Abgeordnete aus Bocholt keineswegs überein: „Wir können nicht Rheinbraun einen Blankoscheck geben, 120 Millionen Jahrestonnen bis 2040 abzubaggern.“

Landwirtschaftsmeister Kruse, der seit zehn Jahren den Landtagsausschüssen für Umweltschutz und Raumordnung sowie für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz angehört, räumt ein, daß man dem Braunkohleunternehmen Planungssicherheit bieten müsse. Dafür hätte es aber aus seiner Sicht ausgereicht, zunächst nur ein Teilgebiet von Garzweiler II für den Abbau in den Jahren 2006 bis 2017 zuzulassen. Dann wäre Zeit gewonnen worden, „an moderner Umwelttechnik zu nutzen, was möglich ist“. Als Beispiel nennt er die Kobra-Kraftwerkstechnik, mit der in einigen Jahren ein höherer Wirkungsgrad und damit ein geringerer CO₂-Ausstoß erreicht werden könnte.

Mit der Genehmigung von Teilabschnitten, die sich nach Kruses Auffassung auch betriebswirtschaftlich rechnen würden, hätte sich auch die Möglichkeit eröffnet, künftige Entwicklungen auf dem Energiesektor zu berücksichtigen, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien. Möglicher Kritik beugte er so vor: „Dabei ist mir natürlich klar, daß wir die großen Walzstraßen im Industrieland Nordrhein-Westfalen nicht mit Windkraftträdern betreiben können.“ Hier sei er völlig realistisch, beteuert er und wiederholt seine Forderung: „Was im Umweltschutz möglich ist, müssen wir einfach nutzen.“

Im Rückblick auf die beiden vergangenen Wahlperioden des Landtags benennt Kruse dies als sein Hauptthema: Eine engere Verflechtung, eine dichtere Vernetzung zwischen Umweltschutz, Rohstoffen und Landwirtschaft: „Wenn wir keine Landwirtschaft mehr hätten, dann wäre der ländliche Raum tot.“ Dies könne man in anderen Regionen Europas und auch in den neuen Bundesländern sehen. Mit dem Rückgang der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Höfe sei dort „das Leben in den Dörfern förmlich kaputt gegangen“. Entschieden weist er gelegentlich geäußerte Vorwürfe zurück, sich mit solchen Äußerungen als Lobbyist der Landwirtschaft ausgewiesen zu haben. Stets habe er sich vor allem für den Umweltschutz engagiert, auch in seiner parlamentarischen Arbeit.

Gleichzeitig versichert Kruse, daß der Landwirtschaftsausschuß, dessen Vorsitzender er in der elften Legislaturperiode war, durchaus nicht unter Arbeitsmangel leide, nachdem zahlreiche Kompetenzen nach Bonn und besonders nach Brüssel abgegeben werden mußten. Naturschutz, Gewässerschutz und Verbraucherschutz seien sehr intensiv mit der Landwirtschaft verknüpft. So sei in Nordrhein-Westfalen, der mit 18 Millionen Einwohnern dichtest



Heinrich Kruse (CDU)

besiedelten Region Europas, die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ einwandfreien Nahrungsmitteln ein wichtiger Punkt.

Mit Nachdruck setzt sich Kruse für ein Gütesiegel für Nahrungsmittel ein. Für die Vermarktung der in Nordrhein-Westfalen produzierten Nahrungsmittel müsse mehr getan werden. So sollte auf den Nahrungsmitteln eine regionale Herkunftsbezeichnung stehen, etwa „Fleisch aus dem Münsterland“ oder „Obst vom Niederrhein“. Die Verbraucher würden heute häufig verunsichert durch negative Schlagzeilen, wie etwa beim britischen Rinderwahnsinn BSE. Solcher Verunsicherung könne man nur mit kleinräumigen Herkunftshinweisen entgegenwirken.

Freimütig räumt Kruse ein, daß eine solche Warenauszeichnung naturgemäß nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch der Produzenten liege, denn schließlich könnten dadurch die Marktchancen durchaus verbessert werden. Kruse: „Wir müssen sehr viel deutlicher als bisher herausarbeiten, daß Erzeuger und Verbraucher mehr gemeinsame Interessen haben, als es bisher dargestellt wurde.“ Wichtig sei es auch, stärker gegen die sogenannte „Umetikettierung“ vorzugehen. Er erinnerte an die kriminelle Energie, mit der holländische Tomaten als deutsche angeboten wurden, was zu Millionengewinnen geführt habe. Kritisch beurteilt Kruse die Arbeit der von Firmen und Verbänden getragenen „Agrarangebotsmarketing“ (AGM) in Münster, die erhebliche Zuschüsse vom Land erhalte. Diese Landesmittel sollten aus Kruses Sicht besser und wirkungsvoller eingesetzt werden. In einem neuen Konzept solle das Land seine Zuschüsse binden an klare Kriterien, wobei auch die Herkunft der Produkte aus NRW-Regionen erkennbar werden müsse. Bei der AGM übe das Land, so Kruse, keinerlei Kontrolle darüber aus, welche Produkte der dort organisierten Brauereien, Fleischereien und Molkereien bezuschußt würden.

Ludger Audick

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)